

Neue Wege gehen

Mehr Fokus auf Prozesse und Wirtschaft beim E-Government

Den äußeren Anlass für diese erstmalig ausgetragene Veranstaltung bildete das E-Government-Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen, dessen Entwurf sich aktuell im Gesetzgebungsverfahren befindet und welches wohl Ende 2015/Anfang 2016 vom Landtag verabschiedet werden wird. Durch den Kölner Dialog sollten diesbezüglich zusätzliche Impulse in die Diskussion gebracht werden.

Für den Anfang hält es *Elisabeth Slapio*, Geschäftsführerin der IHK Köln und Gastgeberin der Veranstaltung, für ganz entscheidend, sich zunächst einmal einen Überblick zu verschaffen, an welchen Stellen es die meisten Kontakte zwischen Unternehmen und Behörden gibt. Bei diesen Verfahren solle E-Government dann prioritär ansetzen. Zustimmung erhielt sie dabei von *Reinhold Harnisch*, Geschäftsführer des Kommunalen

(BS/gg) Kann die Verwaltung als Wegbereiter für (mehr) Wettbewerbsfähigkeit agieren? Welche Synergien können Wirtschaft und Verwaltung im E-Government erzielen? Die pragmatische Umsetzung dieser Fragestellungen wurde Anfang September von Vertretern aus Verwaltung, Politik, Wirtschaft und Wissenschaft auf Einladung der IHK Köln in deren Zentrale in der Rheinmetropole diskutiert.



Gaben vom Podium aus die Impulse für eine angeregte Diskussion mit den Teilnehmern: (v.l.n.r.) Wilfried Kruse, Elisabeth Slapio, Sabine Möwes, Reinhold Harnisch und Prof. Dr. Frank Högbe.

Foto: BS/Gehrt

Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe krz. “Man muss E-Government-Lösungen anbieten, die möglichst viele nutzen.” Dabei sei es wichtig, sowohl mit Bürgern als auch mit der Wirtschaft zu reden, um deren Bedarfe zu erkennen. Wo dies nicht geschehe, fehle es an der “verbindenden Klammer”.

Der Verwaltung und somit dem E-Government in Deutschland fehle es generell an “Prozessedenke”, so *Prof. Dr. Frank Högbe*, Wissenschaftlicher Direktor des Instituts IVM². Soweit wollte *Sabine Möwes*, Leiterin die Dienststelle E-Government und

Online-Dienste im Dezernat des Oberbürgermeisters der Stadt Köln, nicht gehen. Aber auch sie sprach sich dafür aus, Prozesse zu vereinfachen, Werkzeuge zu hinterfragen und Formulare weitgehend abzuschaffen. In diesem disruptiven Ansatz erhielt sie auch Unterstützung von *Wilfried Kruse*, Beigeordneter a. D., Geschäftsführender Gesellschafter des Instituts IVM². Der von *Högbe* und ihm massiv vorangetriebene Ansatz der “Verwaltung 4.0” geht davon aus, dass die Digitalisierung hin zu einem “Deutschland 4.0” in vielen Bereichen Disruption verlangt, um

neue Geschäftsmodelle und Wertschöpfungsketten erst zu ermöglichen und so die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu erhalten bzw. verbessern.

Im Hinblick auf die Eingangsfragen lässt sich demnach als Zwischenfazit festhalten: E-Government hat das Potenzial, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken. Allerdings wird dies nur gelingen, wenn Verwaltung und Wirtschaft hier noch enger und lösungsorientierter zusammenarbeiten, um die Bedarfe und Prozesse genau zu identifizieren und an für beide Seiten “profitablen” Lösungen zu arbeiten – mit der Bereitschaft, auch “alte Zöpfe” ganz abzuschneiden.

Nach der erfolgreichen Auftaktveranstaltung wollen die Beteiligten daher den Dialog fortsetzen und in weiteren Veranstaltungen intensivieren. Über die nächsten Termine wird der Behörden Spiegel in seinen Medien frühzeitig informieren.